

s.B.72.9.15.1. - FK/zu

STRENG VERTRAULICH

Besuch des Ersten Vize-Aussenministers Rumäniens, George Macovescu,  
in Bern vom 20. bis 21. April 1970

---

P r o t o k o l l

der drei Besprechungen vom 20. April, 10.00 - 12.00 Uhr sowie  
vom 21. April, 10.30 - 12.00 Uhr und anschliessend an das  
Mittagessen in der Residenz des Rumänischen Botschafters.

---

An den in französischer Sprache geführten Besprechungen betei-  
ligten sich

auf rumänischer Seite:

George MACOVESCU	Erster Vize-Aussenminister
Cornel VLADU	Leiter der Westeuropa-Abteilung des Aussenministeriums
Ion GEORGESCU	Rumänischer Botschafter in Bern
Dimitrie STANESCU	Erster Botschaftssekretär

auf schweizerischer Seite:

Pierre MICHELI	Botschafter, Generalsekretär des EPD
Rudolf L. BINDSCHEDLER	Botschafter, Rechtsberater
Ernesto THALMANN *	Botschafter, Chef der Abteilung für internationale Organisationen
Charles Albert DUBOIS	bisheriger Schweizerischer Botschafter in Bukarest
Hans MIESCH	Minister, Chef des Politischen Dienstes Ost
Albert L. NATURAL	Chef des Dienstes für politische Studien und Dokumentation
Karl FRITSCHI	Politischer Dienst Ost (Protokoll)

---

\* nahm an den beiden ersten Besprechungen nicht teil.

## I. Erste Besprechung

Beide Seiten begrüßen sich und geben ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, dass nach den Besuchen von Ministerpräsident Maurer und Aussenminister Manescu in der Schweiz sowie von Bundesrat Spühler und Botschafter Micheli in Rumänien die schweizerisch-rumänischen Kontakte jetzt fortgesetzt werden. Im gegenseitigen Einvernehmen sollen Fragen einerseits des Projekts einer Europäischen Sicherheitskonferenz, andererseits bilateraler Art besprochen werden. Zu Beginn der dritten Besprechung bringt Herr Thalman zudem die vorgesehene Initiative der Schweiz im Bereiche des humanitären Völkerrechts zur Sprache.

### A. Europäische Sicherheitskonferenz

Herr Micheli: In Sachen Europäische Sicherheitskonferenz bleiben noch viele Fragen offen, und wir sind uns in vielerlei Hinsicht noch nicht im klaren, wie sie zu beantworten wären. Nur schon über die Vorbereitung eines solchen Treffens bestehen Meinungsverschiedenheiten. So gibt es den rumänischen Vorschlag einer Vorbereitungskonferenz, welche wir keineswegs grundsätzlich ablehnen, die wir aber im gegenwärtigen Stadium der Diskussion für verfrüht halten. Am besten eignen sich zurzeit wohl bilaterale Kontakte, wie wir sie jetzt hier weiterpflegen und die wir in dieser Angelegenheit schon mit andern Ländern - so in jüngster Zeit mit Vertretern Bulgariens und Finnlands - unterhalten. Wir sind deshalb sehr daran interessiert, die Haltung Rumäniens zum gegenwärtigen Stand der Dinge kennenzulernen.

Herr Macovescu: Die Rumänen haben sich im Laufe ihrer 2000-jährigen Geschichte unter zum Teil sehr schwierigen Umständen behaupten müssen. Rumänien kennzeichnet eine besondere geographische Lage; das Land ist zurzeit in einem bedeutsamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbau begriffen: Regierung und Volk erachten es daher als eine lebenswichtige Notwendigkeit, mit allen Ländern in Frieden leben und zusammenarbeiten zu können. Verstärkt wird

diese Einsicht noch durch die gewaltigen wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der letzten 25 Jahre, die das Leben der Völker und ihr Zusammenleben verändert und die politischen Probleme noch kompliziert haben.

Eine Regelung dieser Probleme kann in der Welt und namentlich in Europa nur in einem Klima der Ruhe und der Entspannung angestrebt werden. Die rumänische Regierung ist deshalb an der Verwirklichung des Projekts einer Europäischen Sicherheitskonferenz lebhaft interessiert. Es geht dabei im Grunde um nichts weniger als um die Aufgabe der Länder Europas, im Interesse einer zivilisierten Menschheit eine wichtige Rolle zu übernehmen.

Voraussetzung ist jedoch, dass jedes einzelne Land in Europa nach seinem eigenen Willen, nach seiner eigenen Façon leben kann und dass kein Staat auf einen andern Druck ausübt oder gegen ihn Gewalt anwendet; das jeweilige Volk entscheidet selbst über innerstaatliche Veränderungen. Hiefür müssen Frieden und Sicherheit in Europa organisiert werden.

Diese Idee ist keineswegs neu. Für ihre Verwirklichung sind bekanntlich schon zwischen den beiden Weltkriegen nicht zuletzt von rumänischer Seite Anstrengungen unternommen worden.

In letzter Zeit ist diese Idee unter völlig veränderten Bedingungen mit grosser Intensität neu aufgekommen, und die Ereignisse vom August 1968 haben die Wünschbarkeit ihrer Verwirklichung nur noch dringender erscheinen lassen.

Wenn nun die Vorstellung einer besseren Sicherheit für Europa gleichsam in der Luft liegt, so hat sie doch zunächst keine konkrete Form angenommen. Weil dies seit dem Prager Appell und den beiden Traktandenvorschlägen der Warschauer Pakt-Staaten der Fall war, begrüßte die rumänische Regierung diesen diplomatischen Vorstoss der osteuropäischen Länder. Bukarest ist nämlich davon überzeugt, dass in Prag ein Weg aufgezeigt wurde, welchen sämtliche an der Sicherheit Europas interessierten Staaten gehen könnten. Unter sämtlichen interessierten Staaten sind im übrigen - ohne dass dies im folgenden wiederholt zu werden braucht - auch die Vereinigten

Staaten und Kanada zu verstehen.

Es geht in rumänischer Sicht darum, in Europa ein System zu finden, das allen europäischen Staaten in Sicherheit ihre Unabhängigkeit gewährleistet. Seit dem Zweiten Weltkrieg werden Sicherheit sowie mehr oder weniger normale zwischenstaatliche Beziehungen durch das Gleichgewicht zwischen zwei Blöcken garantiert. Das Bestehen von Blöcken, welche die Welt und Europa zweiteilen, war während einer gewissen Zeit ohne Zweifel auch für Rumänien eine Notwendigkeit. Jetzt aber gilt es eine neue Form, eine neue Organisation für das Zusammenleben der Staaten zu finden, weil die bestehenden Machtblöcke uns an Beziehungen mit andern Ländern hindern, wie wir sie verstehen. Rumänien will seine Handlungsfreiheit, sei es für sich selbst, sei es in Übereinstimmung mit einem andern Staat oder mit einer Gruppe von Staaten. Bukarest versteht dabei unter dieser Zusammenarbeit nicht ausschliesslich eine solche mit dem Warschauer Pakt oder mit einzelnen Mitgliedern dieses Bündnisses.

Die rumänische Regierung hat die beiden Prager Traktandenpunkte angenommen, weil sie die Auffassung vertritt, dass es sich bei der vorgeschlagenen Konferenz nur um eine e r s t e Zusammenkunft einer ganzen Serie von Treffen oder aber um die erste Session der Konferenz handeln kann. Es ist unmöglich, dass bereits beim ersten Mal die schwierigsten Probleme eine Lösung finden. Es muss vielmehr vom Einfachen ausgegangen werden, um auf diese Weise die Voraussetzung für eine Regelung auch des Schwierigen zu schaffen. In diesem Sinne weist uns der Prager Gewaltverzichtsentswurf ohne Zweifel einen Weg; seine Annahme würde am Beginn dieses Weges, den die europäischen Länder zu gehen haben, zum mindesten ein Gefühl der Sicherheit verbreiten, wenn auch noch nicht die Sicherheit selbst in vollem Umfange gewährleisten. Der erste Schritt bestünde zur Hauptsache in einer Klimaverbesserung.

Es muss heute mit etwas Konkretem begonnen werden, um die Dinge überhaupt in Gang zu bringen. Anstatt nichts zu unternehmen und nichts zu haben, ist es besser, ein Weniges zu wollen und es auch zu erreichen.

Gewiss, das Prinzip des Gewaltverzichts ist bereits in der UNO-Charta verankert. Aber vielleicht ist es von nicht geringer Bedeutung, wenn dieser Grundsatz im europäischen Rahmen bestätigt wird. Ein solches Anliegen erscheint uns nach den Ereignissen, die sich seit August 1968 in Europa abspielen, nicht ohne jede Begründung. Erörterung und Annahme dieses Traktandenpunkts würden den Grossmächten deutlich vor Augen führen, worum es den Kleinstaaten geht. Es muss nämlich in Zukunft vermieden werden, dass die Supermächte auf dem Rücken der mittleren und kleineren Länder eigenmächtige Entscheide treffen. Zugunsten des Friedens in Europa vermögen die Kleinstaaten im Interesse ihrer Völker auch in eigener Verantwortung zu handeln.

Es geht nicht bloss um einen Gegensatz zwischen den beiden Supermächten und der übrigen Staatenwelt. Uebersehen wir nicht, dass nicht nur China und Japan in Asien, sondern auch Länder in Europa Grossmachtaspirationen hegen. Unter diesen Umständen haben die Kleinstaaten durchaus die Möglichkeit, eigenständig zu handeln und in eigener Verantwortung mitzuentcheiden: dies ist sogar ihr Recht und ihre Pflicht.

Wenn die Supermächte vorerst selbst Entscheide treffen, werden die übrigen Länder mit vollendeten Tatsachen konfrontiert. Gerade die Kleinstaaten müssen daher, wenn es um Sicherheit und Frieden in Europa geht, gleich von allem Anfang an dabei sein und ihr Mitspracherecht geltend machen. Dies zu tun, sind Länder wie Rumänien und die Schweiz durchaus in der Lage, ohne dass sie der Naivität bezichtigt werden können.

Es wurde auch gesagt, der Prager Zusammenarbeitsvorschlag sei nicht ernst zu nehmen. Wenn gewisse Länder dieser Auffassung sind, so sollen sie konkrete Gegenvorschläge unterbreiten; wir sind bereit, sie ernsthaft zu prüfen.

Als Rumänien den Prager Appell unterzeichnete, hielt es die Abhaltung der Konferenz in der ersten Hälfte 1970 nicht nur für erstrebenswert, sondern auch für durchführbar. Bukarest sah jedoch Ende des letzten Jahres ein, dass dieses Vorhaben nicht realisierbar

war, und hat sich damit abgefunden, dass die Vorbereitung eines gesamteuropäischen Treffens mehr Zeit beansprucht.

Gegenüber dem finnischen Vorschlag zugunsten Helsinkis als Konferenzort nahm Rumänien unter dem Vorbehalt eine positive Haltung ein, dass sich alle interessierten Länder damit einverstanden erklären.

Nach vorübergehender Intensivierung der Aktivität zugunsten der Konferenz, die seit dem Prager Appell zu beobachten war, ist in letzter Zeit eine Verminderung der Aufmerksamkeit für dieses Konferenzprojekt festzustellen. Andere Probleme sind in den Vordergrund getreten. Rumänien jedoch hat diese Konferenzidee keineswegs aufgegeben. Bukarest entschloss sich deshalb zu Sondierungen (es handelt sich um keinen Vorschlag) bei den interessierten Regierungen, um ihre Meinungen über eine Vorbereitungskonferenz in Erfahrung zu bringen. Die Aufgabe einer solchen Konferenz, die nach rumänischen Vorstellungen höchstens auf der Ebene der Vize-Aussenminister, evtl. auf Botschafterebene durchgeführt würde, bestünde darin, die erste Session der geplanten Konferenz sorgfältig vorzubereiten.

Bereits vor diesen Sondierungen war von sowjetischer und polnischer Seite für die Konferenzvorbereitung die Idee eines Dreierkomitees lanciert worden. Bukarest kann sich mit einem solchen Troika-Verfahren keineswegs befreunden und hat seine Haltung Moskau darüber direkt erläutert.

Wenn Rumänien dem Vorschlag zugunsten eines Dreierkomitees den Gedanken einer Vorbereitungskonferenz gegenüberstellt, so ist dies keine Angelegenheit seines Prestiges. Europas Sicherheit ist wichtiger als Rumäniens Prestige. Gegen dieses Dreierkomitee spricht die Tatsache, dass in diesem Gremium ausschliesslich die bestehenden Blöcke vertreten sein sollen. Wer würde - wie vorgeschlagen - Belgien, Polen und Finnland als Wortführer der NATO, des Warschauer Pakts und der Gruppe der Neutralen delegieren und ihnen Auftrag erteilen? Was auf jeden Fall Rumänien angeht, so kann es sich keineswegs dazu bereit finden, dass Polen in dieser Angelegenheit rumänische Interessen vertritt. Bukarest ist mit Ent-

schiedenheit gegen ein derartiges Vorgehen, weil sich darin einmal mehr Blockdenken manifestiert. Europa darf weder im Rahmen von Blöcken noch nach dem Belieben der Supermächte neu organisiert werden.

Die rumänische Idee einer Vorbereitungskonferenz wurde anlässlich des letzten Treffens der Vize-Aussenminister des Warschauer Pakts bekanntgegeben. Ihre Aufnahme im sozialistischen Lager war eher negativ. Zu ihren Ungunsten wurde etwa damit argumentiert, der Zeitpunkt sei hierfür momentan nicht günstig, es sei dies nicht die beste Art der Vorbereitung und dergleichen mehr. Andererseits wurde erwogen, das Dreierkomitee in ein Sechserkomitee, gegebenenfalls auch in ein Neunerkomitee zu erweitern.

Im Westen stiess die rumänische Sondierung teils auf Zurückhaltung, teils fand sie aber auch Zustimmung. Noch sind nicht alle Antworten bekannt. Bukarest insistiert auch keineswegs, sondern überlegt sich zurzeit, mit welcher Formel der Vorbereitung das Einverständnis aller künftiger Teilnehmer einer ersten Konferenz gesichert werden könnte.

In den verschiedenen westlichen Hauptstädten zeigt man sich gegenüber dem Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz grundsätzlich positiv eingestellt; noch wird diese Haltung jedoch mit vielen Aber eingeschränkt. Nach rumänischer Auffassung kann die Konferenz nur e i n e s der möglichen Mittel zur Erreichung des angestrebten Zieles, nicht aber das Ziel selbst sein. Wenn sich ein anderes annehmbares Mittel finden lässt, wird es auch die Zustimmung Rumäniens finden.

Der Westen erklärt zwar seine grundsätzliche Bereitschaft für eine Konferenz, meint jedoch, vorerst müssten der Gang der SALT-Gespräche und die Entwicklung von Bonns bilateralen Ostkontakten sowie etwa noch die Ergebnisse der Mai-Tagung der NATO und dann wieder die Antwort des Warschauer Pakts abgewartet werden. So vergeht ungenützte Zeit, und dies ist wohl auch im Interesse jener, die für eine Europäische Sicherheitskonferenz wenig oder kein Bedürfnis empfinden.

Die Ergebnisse der Mai-Tagung der NATO werden nichts anderes zum Ausdruck bringen als wiederum die Haltung eines Blockes, für die Rumänien sich nicht in erster Linie interessiert. Die NATO kann kaum für Staaten sprechen, die diesem Pakt nicht angehören. Der Warschauer Pakt vertritt, was Rumänien angeht, nicht ohne weiteres den Standpunkt seiner Mitglieder. Bukarest ist zwar durchaus bereit für gemeinsames Handeln im Rahmen dieses Bündnisses, will sich aber von Fall zu Fall seinen eigenen Standpunkt vorbehalten.

Anlässlich von Begegnungen mit meinen Kollegen vom sowjetischen Aussenministerium, Ilitschow und Semjonow, versuchte ich die Haltung der UdSSR darüber in Erfahrung zu bringen, in welchem Verhältnis die Gespräche zwischen Bonn und Moskau zu der geplanten Sicherheitskonferenz stehen. Die Antwort meiner Gesprächspartner: Diese bilateralen Kontakte werden bis zum Erreichen eines gewissen Resultats fortgesetzt; ein positives Ergebnis wäre deshalb zu begrüßen, weil es einen Stein für die Basis der Sicherheit in Europa bedeuten würde.

Rumänien sieht keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesen Gesprächen und einer Sicherheitskonferenz. Ich habe denn auch Vertreter der Bundesrepublik rundheraus gefragt, aus welchen Gründen Bonn mit seinen bilateralen Ostkontakten über den Gewaltverzicht geradezu den Vorwurf auf sich zieht, der alleinige potentielle Aggressor in Europa zu sein. Nach rumänischer Auffassung sollte die Bundesrepublik nicht isoliert werden; im Gegenteil, dieses Land sollte vielmehr an den Runden Tisch geführt werden, an dem alle Länder sitzen.

Es ist schon gesagt worden, dass das Konferenzprojekt eine dem Westen gestellte Falle der Sowjetunion sein könnte. Wer zwingt uns aber an der Konferenz zur Annahme etwa des Gewaltverzichts-entwurfs, wenn wir im Laufe der Diskussion einsehen sollten, dass dieser Vorwurf tatsächlich berechtigt ist?

Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der NATO-Vorschlag für gegenseitige und ausgewogene Truppenverminderungen. Rumänien



hat in Genf entsprechende Vorschläge unterbreitet und würde die Verwirklichung solcher Massnahmen begrüßen. Ist aber der Westen hiezu auch wirklich bereit? In rumänischer Sicht drängt sich die Frage auf, ob dieser NATO-Vorschlag nicht ebenfalls bloss eine Falle ist, um die Sicherheitskonferenz zu torpedieren.

Alles in allem genommen wäre es wohl angezeigt, alle an der Sicherheit Europas interessierten Staaten akzeptierten den Gewaltverzicht in der Prager oder in einer andern Version, weil dies das Terrain bereiten würde für die folgende Diskussion über Abrüstungsmassnahmen z.B. auf dem Gebiete der Truppenverminderungen und eventuell sogar für ihre Verwirklichung.

Auf alle Fälle kann es nicht im Interesse der Kleinstaaten sein, die Zukunft teilnahmslos abzuwarten.

Herr Micheli: Die Schweiz hat von allem Anfang an gegenüber dem Konferenzprojekt eine grundsätzlich positive Haltung eingenommen. Noch ist aber beim gegenwärtigen Stand der Dinge unklar, welches die eigentliche Zielsetzung einer Europäischen Sicherheitskonferenz sein soll, welches konkrete Resultat an einem solchen Treffen angestrebt wird. Noch herrscht eine gewisse Konfusion, weil im Konferenzprojekt verschiedene Probleme unterschiedlicher Natur miteinander vermengt sind.

So soll die geplante Konferenz zwar nicht eine Friedenskonferenz ersetzen, an der die seit dem Zweiten Weltkrieg hängigen Probleme eine Lösung fänden. Und doch wird auch eine Sicherheitskonferenz nicht um eine Erörterung solcher Probleme - so z.B. die Frage der Grenzen - herumkommen. Neutralitätsbedingte Vorbehalte verbieten es der Schweiz, an der Regelung von Fragen teilzunehmen, die ihren Ursprung im letzten Weltkonflikt haben, in denen unser Land nicht verwickelt war.

Es stellt sich das Problem der Verteidigung der einzelnen Länder gegenüber potentiellen Gegnern und deren Gewaltandrohungen, das Problem der Souveränität gegenüber den Blöcken. Die Schweiz ist neutral und keinem Block verpflichtet. Vielleicht sollten die

bestehenden Machtblöcke durch ein anderes System ersetzt werden. Aber diese Blöcke existieren. Kann eine Sicherheitskonferenz an dieser Tatsache etwas ändern und auf welche Weise?

Es stellt sich auch das Problem des Vertrauens. Dieses Vertrauen herrscht heute nicht und muss im Interesse der Sicherheit vorerst gefördert werden. Argwohn ist ein schlechter Ratgeber. Das bestehende Misstrauen wurde durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei noch verstärkt.

Das Deutschland-Problem steht im Mittelpunkt von Fragen, mit denen sich auch eine Sicherheitskonferenz zu befassen hätte. Man kann, wie Sie richtig gesagt haben, dieses Problem nicht in dem Sinne isolieren, als ob von der Bundesrepublik die einzige Aggressionsgefahr ausginge. Wird Bundeskanzler Brandts Ostpolitik ein Element der Entspannung sein? Dies wäre wünschenswert, kann aber heute noch nicht beurteilt werden. Im Hinblick auf eine Sicherheitskonferenz haben Bonns bilaterale Ostkontakte - je nach dem, ob sie einen Erfolg oder einen Misserfolg versprechen - eine gewisse Bedeutung. Sicher wird man nicht immer zuwarten können; aber trotzdem herrscht im Blick auf Bonns Gespräche mit Pankow, Warschau und Moskau eine gewisse Unsicherheit, die eine fruchtbare Diskussion über die geplante Sicherheitskonferenz erschwert. So scheint sich doch ein Abwarten zu empfehlen, bis aufgrund der Entwicklung dieser Gespräche die Verwirklichung des Konferenzprojekts ins Auge gefasst werden kann. (Es sind dies im übrigen Gedanken und Ueberlegungen allgemeiner Art, die keine offizielle Haltung der Schweiz darstellen.)

Beim Prager Gewaltverzichtsentwurf stellt sich die Frage, inwieweit eine blosser Wiederholung dieses in der UNO-Charta verankerten Prinzips im europäischen Rahmen notwendig ist und seine Verstärkung bedeutet. Nach schweizerischer Auffassung wird ein solcher Grundsatz durch Wiederholung eher geschwächt. Eine andere Frage ist es, seine Durchsetzung zu verwirklichen.

Der finnische Vorschlag, die geplante Konferenz nach Helsinki einzuberufen, nahm der Bundesrat mit Wohlwollen zur Kenntnis. Die

Schweiz hat deshalb zu dieser Frage keinen Vorschlag zu machen.

Der Vorschlag, für die Vorbereitung der Konferenz ein Dreierkomitee zu bilden, kann nicht unsere Zustimmung finden. Es gibt unter den Neutralen zu viele Unterschiede, als dass einer von ihnen in diesem Fall ihr Wortführer sein könnte. Dieser Vorschlag wurde uns im übrigen nie zur Stellungnahme unterbreitet. Er entspricht keineswegs unserem Anliegen. Sicher sind zurzeit bilaterale Kontakte, wie sie jetzt hier stattfinden, das geeignetste Vorgehen auf dem Weg zur Konferenz.

Herr Bindschedler: Der Gewaltverzicht ist ein in der UNO-Charta verankertes und ein im allgemeinen Völkerrecht anerkanntes gewohnheitsrechtliches Prinzip; es verpflichtet daher nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Nicht-Mitglieder der Vereinten Nationen. Dies hat somit seine Gültigkeit auch für die Schweiz. Die Bundesrepublik hat in den Pariser Verträgen von 1954 die Prinzipien der UNO-Charta ausdrücklich anerkannt. Auch die DDR hat nie erklärt, diese Grundsätze stellten für sie keine Verpflichtung dar.

Eine blosse Wiederholung des Gewaltverzichts im europäischen Rahmen hat deshalb wenig Sinn, ja sie kann dieses Prinzip nach schweizerischer Auffassung nur schwächen. Eine Alternative bestünde allein in seiner Präzisierung. Dass sich jedoch einem solchen Unterfangen grosse Schwierigkeiten entgegenstellen, zeigen im Schosse der UNO die Bemühungen um Definitionen von sieben völkerrechtlichen Prinzipien der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten gerade beim Gewaltverzicht; über seine Definition konnte bis heute keine Einigung erzielt werden. Schwierigkeiten ergeben sich deswegen, weil der Gewaltverzicht nicht überall als ein absolutes Prinzip anerkannt wird; so sollen etwa nationale Befreiungskriege davon ausgeschlossen sein.

Das Prinzip des Gewaltverzichts in Europa ergänzen und präzisieren würde bedeuten, dass Ausnahmen wie nationale Befreiungskriege sowie Ereignisse wie jene in der CSSR nicht mehr möglich wären. Es bestehen jedoch berechtigte Zweifel darüber, ob dies auch verwirklicht werden könnte. Eine Erklärung nach Prager Muster wäre auf jeden Fall reiner Verbalismus.

Herr Macovescu: Ohne Zweifel wird es bei der Erörterung des Gewaltverzichts Schwierigkeiten geben; hiefür bieten die tschechoslowakischen Ereignisse allen Grund.

Als die UdSSR in Prag vorschlug, den Gewaltverzicht auf die Tagesordnung einer Sicherheitskonferenz zu nehmen, war es ebenfalls die erste rumänische Reaktion, in der Wiederholung eines Prinzips der UNO-Charta keinen Sinn zu sehen. Nach einer gewissen Zeit des Ueberlegens sind wir jedoch - ich sage dies bei allem Respekt vor Herrn Bindschedlers Argumenten - zur Schlussfolgerung gekommen, dass es vielleicht mit der Bestätigung gerade dieses völkerrechtlichen Grundsatzes im europäischen Rahmen seine gute Bewandnis hätte.

Tatsächlich sind die in der UNO-Charta verankerten Prinzipien etwas vage. Ich sage dies bei aller Hochachtung vor dieser Charta und der Tätigkeit der Vereinten Nationen. Rumänien hat nichts Grundsätzliches gegen die UNO einzuwenden; im Gegenteil, mein Land tut alles in seiner Macht Stehende, um die Weltorganisation zu verstärken.

Wir sind der Meinung, dass ein europäischer Gewaltverzicht in Form eines Protokolls, einer Erklärung oder in irgendeiner andern Form dieses Prinzip nur stärken könnte und für die Unterzeichnerstaaten eine grössere Verpflichtung darstellen würde, als dies bis heute aufgrund der UNO-Charta der Fall ist.

Auch Rumänien hat alles Interesse daran, dass durch eine Präzisierung dieses Grundsatzes Ereignisse wie jene in der CSSR in Zukunft vermieden würden. Bei dieser Frage müssen wir jedoch unterscheiden zwischen ihrem rein juristischen und ihrem p o l i - t i s c h e n Aspekt:

Sicher haben gewisse Länder Interesse an einer Wiederholung der Erfahrungen aus den Zeiten des Völkerbundes, als vor lauter Reden zu keinen Taten geschritten wurde. Unser Hauptziel ist es heute jedoch, dass die Grossmächte sich nicht selbst isolieren, sondern dass sie an den Konferenztisch kommen und dort ihren Standpunkt vertreten müssen. Es ist das gute Recht der Kleinstaaten, mit

ihren Stellungnahmen die Supermächte zu Antworten aufzufordern: dies ist der politische Aspekt der geplanten Konferenz, wie wir ihn verstehen.

Wie können wir Vertrauen schaffen? Es ist traurig festzustellen, dass in Europa 25 Jahre nach dem letzten Weltkrieg immer noch vorwiegend Misstrauen herrscht. Rumänien hat unter manchmal schwierigen Bedingungen für die Schaffung eines Klimas des Vertrauens gearbeitet, so zur Hauptsache durch die Intensivierung seiner bilateralen Kontakte.

Ein absolutes, blindes Vertrauen wird niemals möglich sein. Aber es braucht ohne Zweifel schon für ein Minimum von fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen den Staaten ein gewisses Minimum von gegenseitigem Vertrauen. So hat Rumänien zum Beispiel Vertrauen in die Schweiz. Es mag in unseren Beziehungen dann und wann Diskussionen geben; aber ich wage mich in keine Spekulationen, wenn ich sage, dass sich zwischen unseren beiden Ländern nach einer gewissen dunklen Periode jetzt dieses Vertrauen etabliert hat, das für die Zukunft Gutes verspricht.

Was die Sicherheitskonferenz angeht, so meinen wir, dass jetzt von den bilateralen zu den multilateralen Gesprächen geschritten werden sollte.

Herr Micheli: Wie sehen Sie die Regelung von Fällen, in denen das Prinzip des Gewaltverzichts übertreten wird?

Herr Macovescu: Es ist dies eine sehr delikate Frage. Die Geschichte ist reich an missachteten Verträgen. Trotzdem ist Rumänien der Auffassung, dass es besser ist, dem Nichts ein Weniges vorzuziehen, selbst wenn dieses Wenige nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist.

In der Tat geht es darum, dass das Prinzip des Gewaltverzichts, verbunden mit jenem der Nichteinmischung, nicht nur zwischen den Blöcken, sondern auch innerhalb der Blöcke, d.h. in den Beziehungen zwischen allen Staaten seine Gültigkeit hat. Die Sicherheit ist unteilbar.

Wir haben keine fertigen Formeln von vollendeten Lösungen. Wir wollen nichts mit Kompromisslosigkeit erzwingen. Die Auflösung der Blöcke ist nicht für morgen; was wir aber tun können, ist es, eine gegenläufige Bewegung gegen die Blöcke e i n z u l e i t e n .

Auch Rumänien kann an Stelle der Blöcke kein politisches Vakuum akzeptieren. Bei der Auflösung der bestehenden Blöcke und ihrer Ablösung durch ein anderes System geht es um einen langwierigen dialektischen Prozess.

Herr Micheli: All dies leuchtet gedanklich ein, es ist aber deshalb auch etwas abstrakt. Wie stellen Sie sich diesen Prozess in der Wirklichkeit vor?

Herr Macovescu: Wir haben keine fertigen perfekten Lösungen anzubieten. Alle interessierten Staaten müssen diese Lösungen gemeinsam finden. Gerade deshalb sollte die erste Konferenz möglichst bald stattfinden.

Wir sollten nicht das Experiment der Abrüstungsdiskussionen seit 1962 wiederholen, als der sowjetische Aussenminister Gromyko Vorschläge unterbreitete und der damalige Premier Chruschtschow die Verhandlungsdauer auf drei Monate veranschlagte, bis heute aber ausser vier ersten Artikeln eines entsprechenden Abkommens nichts Konkretes erzielt werden konnte.

Wir sollten jetzt mit etwas Konkretem beginnen, und der Gewaltverzicht bietet hierfür eine gute Gelegenheit. Wenn wir dies nicht tun, verliert die öffentliche Meinung in Europa jedes Vertrauen.

Herr Micheli: Wir sollten klarer sehen, was mit dem Gewaltverzicht bezweckt wird. Blosser Erklärung und Wiederholung genügen schwerlich. Eine Präzisierung dieses Prinzips verlangt aber eine Konzeption darüber, was für die interessierten Staaten akzeptabel ist.

Herr Bindschedler: Der Prager Gewaltverzichtsvorschlag enthält zu viele Ausweichmöglichkeiten. Wenn wir Sie richtig verstanden haben, sollte dieses Prinzip nach rumänischer Auffassung so präzisiert werden, dass es nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Blöcke gelten würde.

Herr Macovescu: Wir müssen davon ausgehen, dass es sich beim Prager Gewaltverzichtsentswurf lediglich um einen Vorschlag handelt. Rumänien ist durchaus bereit, Abänderungen zu diskutieren; die Hauptsache ist vorerst, dass wir auf diese Diskussion überhaupt eingehen. Es gibt ohne Zweifel Zielsetzungen für diese Konferenz: wir müssen sie in die richtige Richtung lenken.

Herr Miesch: Bestehen Aussichten, dass die UdSSR und andere osteuropäische Länder wesentliche Änderungen der beiden Prager Vorschläge zu diskutieren gewillt sind?

Herr Macovescu: Rumänien betrachtet diese beiden Entwürfe als Vorschläge und könnte sich auf jeden Fall nie damit einverstanden erklären, dass es diese Entwürfe in dieser oder jener Form anders als aus freien Stücken akzeptieren würde. Von irgend einem Text muss ja schliesslich ausgegangen werden, der dann in der Diskussion durchaus korrigierbar ist.

## II. Zweite Besprechung

Herr Micheli: Interessant wäre es, die rumänische Haltung zum Prager Gewaltverzichtsentswurf in seinem Verhältnis zu den Abrüstungsfragen kennenzulernen.

Herr Bindschedler: Bei der Erörterung der Tagesordnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz stehen auch Abrüstungsfragen zur Diskussion: Truppenverminderungen, Truppenrückzug aus fremdem Territorium, nuklearwaffenfreie Zonen, worüber schon verschiedene frühere Vorschläge bestehen. Die Verwirklichung solcher Pläne stünde ohne Zweifel im Interesse einer politischen Stabilisation in Europa; auf welche Weise dies auch Tatsache werden könnte, ist allerdings noch unklar.

Abrüstungsmassnahmen hängen wohl in erster Linie von den Supermächten ab. Kleinstaaten bedeuten keine Gefahr für die Sicherheit in Europa. Es ginge also darum, dass die Supermächte solche Massnahmen auch tatsächlich durchführten, ohne dass die Kleinstaaten dazu überhaupt nichts zu sagen hätten. Dabei scheinen allerdings

Verhandlungen von Block zu Block wiederum unvermeidbar.

Herr Macovescu: Abrüstungsmassnahmen sind ein Aspekt der Sicherheit in Europa, der auch Rumänien beschäftigt; davon zeugen etwa in jüngster Zeit die rumänischen Vorschläge an den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Rumänien hat sich auch mit Kritik an die Adresse der Abrüstungskommission nicht zurückgehalten. Seit 1962 wird verhandelt, ohne dass es in Sachen Abrüstung zu konkreten wirksamen Beschlüssen gekommen wäre. Wohl wurden inzwischen die beiden Abkommen über den Atomteststop und über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen abgeschlossen, jedoch das Hauptziel von UNO-Generalversammlung und Abrüstungskommission ist keineswegs erreicht worden. Die zwei Supermächte haben ausschliesslich ihre egoistischen Interessen verfolgt: vom Atomteststop-Abkommen wurden die unterirdischen Versuche ausgeschlossen, und im Atomsperrvertrag fanden zwingende Abrüstungsvorkehren seitens der Supermächte keine Berücksichtigung. Im Gegenteil, die Nuklearwaffen werden stets weiterentwickelt und ihre Stocks beständig angehäuft. In einigen Jahren gehören diese heute gefährlichsten Waffen vielleicht zum alten Eisen, wenn die noch furchtbareren bakteriologischen und chemischen Waffen bereit stehen.

Es müssen schnelle und konkrete Schritte unternommen werden. Die rumänischen Vorschläge betreffen die Reduktion aller Waffen, den Rückzug der Truppen aus fremdem Territorium, Verbot von Manövern auf fremdem Gebiet und an den Grenzen sowie atomwaffenfreie Zonen. Rumänien wird alles daran setzen, dass diese Fragen im Schosse der Genfer Abrüstungskommission weiterbehandelt und dafür auch Lösungen gefunden werden. Der UdSSR wird vorgeworfen, sie sei mit der Diskussion und weniger noch mit der Durchführung solcher Pläne einverstanden. Dasselbe scheint jedoch in rumänischer Sicht ebenso für Länder in Europa wie Grossbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik zu gelten.

Schon 1957 unterbreitete Rumänien den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone im Balkan, wo ausser in der Türkei keine solchen



Waffen bereit stehen. Die Diskussion zeitigte bis heute keine Resultate. Persönlich glaube ich allerdings, dass wir in diesem Fall von einer Regelung nicht mehr weit entfernt sind: die USA brauchen wohl diese Waffen in der Türkei bald nicht mehr. Seit 1962 befinden sich im Mittelmeer zwei amerikanische Atomunterseeboote mit je 16 Polaris-Raketen, die viele Landbasen ersetzen können. Heute ist neben Amerika auch die Sowjetunion im Mittelmeer präsent; daraus entstehen für Frieden und Sicherheit neue schwierige Probleme: Washington und Moskau können ohne Landbasen Nuklearwaffen einsetzen.

Ohne Zweifel hängen Abrüstungsmassnahmen in erster Linie von den Supermächten ab. Aber je nachdem sich ihre Strategie wegen der ständigen Weiterentwicklung der Waffen ändert, ergeben sich auch Möglichkeiten von Aenderungen der Situation in Europa, ohne dass das Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten gefährdet wird. Mittlere und kleinere Länder müssen solche Aenderungen ausnützen und gemeinsam auf die Grossmächte einen moralischen Druck auszuüben versuchen: Abrüstungsmassnahmen wie die erwähnten treten dann ohne Störung des bestehenden Kräftegleichgewichts in den Bereich des Möglichen.

Herr Bindschedler: Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Sowjetunion zu einem Rückzug ihrer Truppen bereit fände.

Herr Macovescu: Ich glaube auch nicht. Aber es geht nicht nur um die Sowjetunion, es geht auch um die Gegenseite.

Die UdSSR zog 1956 ihre Truppen aus Rumänien zurück, weil Bukarest auf Moskau einen starken Druck ausübte. Auf jeden Fall ist uns dies damals gelungen; vielleicht bedauert es die Sowjetunion heute. Wie dem auch sei, Rumänien zieht daraus die Lehre, dass immer alles versucht zu werden verdient. Die jeweilige Situation muss ausgenützt werden, wenn immer dies möglich erscheint. Es kann Zeiten geben, in denen die Supermächte aus vielerlei Gründen z.B. wirtschaftlicher und finanzieller Art zu Entgegenkommen bereit sind.

Herr Natural: Im Zusammenhang mit Gewaltverzicht und Nicht-einmischung steht auch die Breschnew-Doktrin zur Diskussion.

Bulgarische Gesprächspartner erklärten uns vor kurzem, eine solche Doktrin existiere nicht.. Dies mag äusserlich gesehen auch stimmen. In der Sache jedoch gibt es über das Verhältnis von beschränkter Souveränität und sozialistischer Solidarität verschiedene Interpretationen. Wir wären daran interessiert, darüber die Interpretation Rumäniens kennenzulernen.

Herr Macovescu: Der rumänische Staatschef Ceaucescu hat vor kurzem in einer öffentlichen Rede zu Lenins 100. Geburtstag mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu dieser Frage Stellung genommen. Ich darf hier dazu nur soviel sagen:

Es ist unnötig, diese Doktrin zu verneinen, heisse sie nun nach Breschnew oder Grömyko. Wichtiger als ihr Name und die Doktrin selbst sind ihre Resultate. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei sind solche Resultate. Die Konzeption der beschränkten Souveränität ist nicht neu, und der Osten hat darüber keineswegs das Monopol (Macovescu erwähnt in diesem Zusammenhang eine Rede, in welcher der britische Aussenminister Eden 1945 oder 1946 die Idee von beschränkter Souveränität aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg neu lanciert habe.).

Diese Idee der beschränkten Souveränität darf keine Realität werden, solange es N a t i o n e n gibt, die bis heute die Hauptrolle spielen und noch lange zu spielen haben. Recht und Handlungsfreiheit der Nationen dürfen weder im Westen noch im Osten limitiert werden. Keine Nation darf eine andere Nation - auch nicht im Namen des Sozialismus - in irgend einer Weise beschränken. Lenin hat zwar vielerlei gesagt, das auf verschiedene Weise ausgelegt wird; er hat jedoch die Idee verurteilt, dass eine Nation einer andern ihren Willen aufzwingt, und dies galt für ihn auch im sozialistischen Lager, ja selbst innerhalb der UdSSR.

Die Theorie der beschränkten Souveränität wird kein langes Leben haben. Sie hat aber heute ihre Anhänger; im Falle der Tschechoslowakei haben wir denn auch ihre Auswirkungen kennengelernt.

Rumänien wird des Nationalismus und Chauvinismus beschuldigt. Mein Land ist nicht nationalistisch, sondern - und hierin besteht ein grosser Unterschied - national, d.h. es wahrt seine nationalen Interessen.

Rumänien wird zudem beschuldigt, gegen die Interessen der Sowjetunion zu handeln. Auch dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Wir lehnen lediglich gewisse Tendenzen bestimmter Genossen ab, die sich als die unfehlbaren Götter des Sozialismus aufspielen.

Rumänien und die UdSSR haben das gleiche Ideal, dieselbe Ideologie. Wir befürworten ein freundnachbarliches Verhältnis zur Sowjetunion auf der Basis der Souveränität, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils. Bei alle dem wahrt Rumänien seinen eigenen Standpunkt; alles andere ist Propaganda.

Herr Micheli: Wir danken Ihnen für diese Präzisierung der rumänischen Haltung.

Wir bitten Sie, uns Rumäniens Standpunkt zur Frage der militärischen Manöver auf fremdem Territorium zu erläutern.

Herr Macovescu: Tatsächlich zirkulieren immer wieder Gerüchte darüber, die UdSSR beabsichtige, zusammen mit andern Mitgliedern des Warschauer Pakts in Rumänien Manöver durchzuführen. Bukarest unterbreitete der Genfer Abrüstungskommission einen Vorschlag über den Verzicht von Manövern auf fremdem Territorium. Dieses Verbot sollte selbst für Manöver an den Staatsgrenzen gelten. Die Verwirklichung dieses Plans würde zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa beitragen. Truppenbewegungen des Warschauer Pakts in unmittelbarer Nähe der österreichischen und westdeutschen Grenzen erhöhen - wie übrigens im umgekehrten Fall - die west-östliche Spannung und fördern das gegenseitige Misstrauen.

Seit acht Jahren fanden in Rumänien keine Manöver fremder Truppen mehr statt. Militärische Uebungen der rumänischen Armee auf eigenem Gebiet stellen dagegen für kein Land eine Gefahr dar.

Rumänien ist Mitglied des Warschauer Pakts; daraus ergeben sich für Bukarest bestimmte Bündnisverpflichtungen. Der Warschauer Pakt ist ein Defensiv-Bündnis. Der casus foederis tritt dann ein, wenn die Paktmitglieder oder ein einzelnes von ihnen von einem imperialistischen Staat - wie der potentielle Gegner nach einschlägiger Sprachregelung genannt wird - angegriffen wird.

Mitgliedschaft und Bündnisverpflichtungen im Rahmen des Warschauer Pakts hindern Rumänien nicht daran, den Verzicht auf militärische Demonstrationen zur Diskussion zu stellen. Die gegenwärtige Situation verlangt nämlich Entspannungsmassnahmen, nicht aber das Gegenteil.

Im übrigen bestimmt Rumänien selbst seine Teilnahme an gemeinsamen Armeeübungen. Den Entscheid darüber, ob im Rahmen des Warschauer Pakts militärische Massnahmen irgendwelcher Art durchgeführt werden sollen, will sich Bukarest in eigener Kompetenz vorbehalten; in keinem Fall darf dieser Entscheid dem Oberkommandierenden des Pakts, und stehe er auch im Range eines Marschalls, überlassen bleiben.

Entsprechende Beschlüsse werden zunächst vom Konsultativkomitee des Pakts gefasst, in welchem die Generalsekretäre der Parteien oder die Ministerpräsidenten der Mitgliederländer, gegebenenfalls beide zusammen, vertreten sind. Aber weder der Parteiführer noch der Regierungschef Rumaniens können eigenmächtig Entscheide fällen; in letzter Instanz braucht es einen Beschluss des Parlaments.

Herr Bindschedler: Es besteht natürlich ein grosser Unterschied darin, ob eine Grossmacht oder ein Kleinstaat militärische Manöver durchführt. Die Schweiz zum Beispiel kann schon angesichts ihrer Kleinheit kaum auf militärische Uebungen auch in unmittelbarer Grenznähe verzichten.

Herr Macovescu: Ihre Schlussfolgerung?

Herr Bindschedler: Das Verbot sollte nur die Grossmächte betreffen.

Herr Macovescu: Ich bin mit Ihnen einverstanden, sehe jedoch Schwierigkeiten, ein Verbot aufzustellen und gleichzeitig Ausnahmen zuzulassen.

Herr Bindschedler: Auch das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China wird noch einen Einfluss auf Europa ausüben, je nachdem, ob sich die beiden Länder verstehen werden oder nicht. Es ist dies eine Frage mit noch sehr vielen Unbekannten.

Herr Macovescu: In der Tat handelt es sich hier um eine äusserst schwierige Frage, weil für eine korrekte Antwort noch zu viele Elemente fehlen.

Für Rumänien spielt zunächst die Tatsache eine Rolle, dass es sich hier um zwei sozialistische Länder handelt. Rumänien ist an der Stärke und der Einheit des sozialistischen Lagers interessiert, was jedoch bekanntlich keineswegs bedeutet, dass Bukarest einem monolithischen Block das Wort redet.

Rumänien geht ferner davon aus, dass eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und China sehr gefährliche Auswirkungen für die Welt und namentlich für Europa zur Folge hätte. Bukarest ist deshalb daran interessiert, ja betrachtet es als seine Pflicht, es nicht so weit kommen zu lassen. Wir haben denn auch in diesem Sinne gewirkt.

Spekulationen darüber, wie sich das sowjetisch-chinesische Verhältnis entwickeln wird und ob zum Beispiel die Sowjetunion an einer Rückendeckung in Europa interessiert ist, sind bis heute ohne konkrete Schlussfolgerungen geblieben.

Bei alle dem wird auch das Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten im Auge behalten werden müssen, d.h. im Grunde handelt es sich um ein Dreieckverhältnis zwischen Moskau, Peking und Washington. In diesem Machtdreieck können heute noch nicht voraussehbare Komplikationen auftreten; wir haben alles Interesse daran, dass sich die Dinge nicht in gefährlicher Weise entwickeln, sondern dass sie sich im Gegenteil besänftigen. Wir stehen am Beginn einer neuen Epoche, die selbst mit der Zeit noch vor erst zehn Jahren nicht zu vergleichen ist.

Herr Natural: Unsere Ueberlegungen aufgrund von erreichbaren Unterlagen und zugänglichen Informationen führten uns zu folgender Schlussfolgerung:

Chinas Armee verfügt über keine genügend starke offensive Kapazität für einen Krieg gegen die Sowjetunion. Dagegen liegt ein militärischer Sieg der UdSSR über China zwar durchaus im Bereiche des Möglichen; dies würde aber die sowjetische Besetzung eines Teils des chinesischen Territoriums bedeuten, d.h. bei der heute entwickelten Guerilla-Methoden käme dies einem Krieg ohne Ende gleich. Die einzige Alternative bestünde dann in einem nuklearen Völkermord, was allerdings in heutiger Sicht unwahrscheinlich ist. Die Wirklichkeit stellt sich somit etwa so dar: Die sowjetisch-chinesische Spannung ist eine Tatsache; dieser Zustand wird lange dauern und, solange die Vernunft überwiegt, zwar zu Zwischenfällen führen, nicht aber in einen eigentlichen Krieg ausarten.

Herr Macovescu: Zwischen der sowjetischen und der chinesischen Militärmacht besteht ein Qualitätsunterschied. Aber wenn die Sowjetunion auch China angriffe, so gelänge es ihr kaum, das Land mit konventionellen Waffen zu erobern. Das beste Beispiel hiefür bietet der Vietnamkrieg. Die Verwendung von Nuklearwaffen wäre der Anfang vom Ende. Moskau weiss das und wird sich deshalb in kein solches Abenteuer stürzen wollen.

Sowohl Moskau wie Peking sind hartnäckige Verhandlungspartner; ihre Gespräche werden lange Zeit dauern. Dass sie aber überhaupt miteinander an einem Tisch sitzen, ist schon ein Pluspunkt für den Frieden. Wir müssen ihnen im Interesse einer Verständigung helfen. Rumänien unternimmt alles, was in seiner Macht steht, um die beiden Partner einander näher zu bringen.

### III. Dritte Besprechung

Herr Micheli: Mit Bezug auf den Prager Zusammenarbeitsvorschlag stellen wir fest, dass z.B. für die Kooperation im wirtschaftlichen Bereich bereits schon ein Organ besteht, nämlich die Europäische Wirtschaftskommission in Genf. Welches ist in dieser Hinsicht die

Haltung Rumäniens?

Herr Macovescu: Bukarest hat sich tatsächlich selbst gefragt, welches der eigentliche Sinn dieses Vorschlags sei, und hat, als ihm der Prager Entwurf das erste Mal vorgelegt wurde, darüber nähere Auskunft verlangt. Niemand war allerdings in der Lage, uns darüber nähere Details zu geben. Immerhin wurde uns erklärt, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Ost und West könnten sich in einer Art von Osmose gegenseitig günstig beeinflussen. Massnahmen im militärischen Bereich bedeuteten für die Sicherheit in Europa lediglich einen negativen Aspekt, indem dies oder jenes nicht mehr getan werden dürfe. Hingegen auf wirtschaftlichem Gebiete könnten Massnahmen positive Auswirkungen haben und die Basis der west-östlichen Verständigung erweitern.

Vor kurzem schlug Ungarn vor, an einem Aussenminister-Treffen des Warschauer Pakts die Tagesordnung und das Datum der vorgeschlagenen Sicherheitskonferenz zu diskutieren. Ebenfalls auf ungarischen Vorschlag befasste sich eine Experten-Zusammenkunft am 9./10. April in Budapest namentlich mit dem Prager Traktandenvorschlag über die Zusammenarbeit. Rumänien sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen ein sofortiges Aussenminister-Treffen aus, das denn auch verschoben wurde. Bukarest muss sich vorerst über die Bedeutung des Prager Zusammenarbeitstraktandums und über den ungarischen Vorschlag schlüssig werden.

Die rumänische Haltung zu diesem Verhandlungspunkt wird aller Voraussicht nach darin bestehen, in der Zusammenarbeit nach Prager Muster das Ziel zu sehen, für die Schaffung eines besseren politischen Klimas in Europa einen Beitrag zu leisten; das heisst, es soll keine neue Konkurrenz zu den bestehenden europäischen Wirtschaftsorganisationen geschaffen werden. Bukarest hat somit in Sachen Zusammenarbeit keine konkreten Vorschläge, ist jedoch bereit zur Diskussion darüber, wie diese Zusammenarbeit gefördert werden könnte. Auf alle Fälle geht es darum, für die Sicherheit in Europa eine möglichst breite Basis zu schaffen.

West-östliche Beziehungen in möglichst vielen Bereichen bewirkt gegenseitiges Vertrauen; dadurch wird die öffentliche Meinung gebildet, die ihrerseits wiederum einen günstigen Einfluss auf die Regierungen ausüben kann.

Rumänien unterhält Beziehungen mannigfaltiger Art mit allen Ländern; selbst mit Portugal und Spanien bestehen - wenn auch nicht auf diplomatischer Ebene - Kontakte, z.B. im wirtschaftlichen Bereich. So wird etwa die spanische Handelsvertretung in Bukarest wie eine diplomatische Mission behandelt. All dies schafft eine konkrete Grundlage für ein günstiges Verhältnis zwischen zivilisierten Ländern.

Herr Micheli: Dieser Meinungsaustausch über das Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz war uns sehr nützlich. Wir sehen vieles klarer. Sie haben den Wunsch geäußert, dass diese Kontakte zwischen uns weitergepflegt werden. Wir sind dazu bereit, sei es in Bukarest, sei es in Bern. Dies hilft uns, einander besser zu verstehen.

Herr Macovescu: Um die vorgeschlagene Konferenz mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können, ist es notwendig, dass die künftigen Konferenzteilnehmer sich vorerst gegenseitig ihren Standpunkt erläutern. In diesem Sinne war unsere Begegnung von grossem Nutzen. Wir sollten deshalb unsere Kontakte tatsächlich aufrechterhalten, ohne dass wir sie zu institutionalisieren brauchen. Wir sind jederzeit bereit, Sie zu empfangen. Wir laden Sie ein, nach Bukarest zu kommen, zu einem Zeitpunkt, dessen Wahl wir Ihnen überlassen dürfen.

## B. Bilaterale Fragen

Am Ende der zweiten Besprechung fanden kurz die bilateralen Fragen Erwähnung.

Herr Macovescu: Mit dem Stand der rumänisch-schweizerischen Beziehungen sind wir zufrieden. Es bestehen einige wenige Probleme, die Herr Vladu vortragen wird.



Herr Vladu: Bei den Fragen, die hier Erwähnung verdienen, geht es darum, auf welche Weise unsere zufriedenstellenden Beziehungen weiterentwickelt werden können.

Der rumänisch-schweizerische Handelsaustausch hat sich im Verlauf der letzten fünf Jahre verdreifacht. Der schweizerische Exportüberschuss im gegenseitigen Warenverkehr beträgt jedoch ein Drittel des Gesamtvolumens. Beide Seiten sollten deshalb Lösungen suchen für die Beseitigung des rumänischen Handelsdefizits. Auf rumänischer Seite geht es sicher um die Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse und um Fragen ihrer Aussenhandelsorganisation. Aber es gibt noch andere Möglichkeiten. Das 1951 abgeschlossene Handelsabkommen ist namentlich auf dem finanziellen Sektor überholt. Am 11. Mai wird eine Delegation von rumänischen Finanzexperten in die Schweiz kommen, um diese Fragen zu diskutieren. Wir bitten Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit auf diesem Gebiet im beidseitigen Interesse eine Lösung gefunden wird.

Rumänien ist bereit, mit der Schweiz ein neues, langfristiges Handelsabkommen abzuschliessen. Günstige Gelegenheit hierfür böte die Periode des nächsten rumänischen 5-Jahresplans 1971/75. Diese Frage könnte - wie auch die technische und industrielle Zusammenarbeit, die wir weiterzuentwickeln wünschen - ebenfalls am 11. Mai erörtert werden.

Herr Micheli: Die Schweiz kennt ein weltoffenes, liberales Wirtschaftssystem. Die Verwaltung hat keinen grossen Einfluss auf die Privatindustrie. Auch in der industriellen Zusammenarbeit sind die schweizerischen Firmen frei. (Vergl. etwa das jüngste Abkommen der Basler Chemie mit der UdSSR.)

Herr Vladu: Auch Sulzer, Brown Boveri und andere schweizerische Unternehmen haben mit Rumänien ähnliche Vereinbarungen getroffen. Wir kennen die Bedeutung der Privatindustrie in der Schweiz. Es geht uns hier nur darum, unser Interesse für die Weiterentwicklung der rumänisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zu bekunden.

Ein weiteres Problem, dem wir grosse Wichtigkeit beimessen, betrifft Rumäniens Mitgliedschaft beim GATT. Es sollte in der Konsumgüterfrage zwischen dem rumänischen und dem schweizerischen Standpunkt ein Kompromiss gefunden werden. Auch hier bitten wir Sie um Verständnis für die rumänische Haltung und um entsprechende Instruktionen an die schweizerische Delegation.

Herr Micheli: Es ist dies eine für die Schweiz sehr wichtige Frage. Es wird uns kaum möglich sein, den rumänischen Standpunkt zu akzeptieren.

Herr Macovescu: Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass zwischen den beiden Standpunkten unserer Länder eine Kompromissformel gefunden werden kann.

Herr Vladu: Rumänien hat in letzter Zeit mit verschiedenen Staaten Konsularkonventionen abgeschlossen, so unter anderem auch mit Neutralen; mit Finnland ist es bereits so weit, und mit Oesterreich wird dies in nächster Zeit der Fall sein. Mit Schweden stehen Verhandlungen in Aussicht. Auf diese Weise könnten auch mit der Schweiz praktische Probleme gelöst werden. Bukarest ist bereit, ein Modell - z.B. die Konvention mit Oesterreich - zur Prüfung und Diskussion vorzulegen.

Herr Bindschedler: Die Schweiz hat das Wiener Uebereinkommen über konsularische Beziehungen ratifiziert. Viele Probleme haben in dieser Konvention zu unserer Zufriedenheit eine Lösung gefunden, so dass wir an bilateralen Abkommen speziell nicht interessiert sind. Wir sind jedoch bereit, konkrete Einzelprobleme, die nach rumänischer Auffassung noch zu lösen wären, zur Prüfung entgegenzunehmen.

Herr Vladu: Unser Modell wird Ihnen zeigen, worum es uns geht. Aufgrund dieses Textes könnten wir später darüber diskutieren.

### C. Humanitäres Völkerrecht, schweizerische Initiative

Herr Thalman: Es geht um den Versuch, das humanitäre Völkerrecht weiterzuentwickeln und zu kodifizieren. Dabei sollen etwa die Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 nicht abgeändert, sondern durch

additionelle Protokolle ergänzt werden. Die Schweiz beabsichtigt, zu diesem Zwecke die Initiative für eine internationale Konferenz zu ergreifen. Dies verlangt eine solide Vorbereitung, weil ein Misserfolg einer solchen Konferenz nicht von Gutem wäre. Um aber dieser Konferenz zum Erfolg zu verhelfen, brauchen wir in allen Lagern Länder, die uns in diesem Bestreben unterstützen. Wir wünschen die Beteiligung der Supermächte, aber ebenso die Teilnahme der Kleinstaaten, die grosses Gewicht haben, wenn sie gemeinsam etwas unternehmen.

Wir wären deshalb dankbar für die Unterstützung von seiten Rumaniens, z.B. indem Bukarest für diese Idee in Ländern eintritt, wo es seinen Einfluss geltend machen kann.

Herr Macovescu: Obgleich darüber schon Gerüchte umgingen, ist es heute das erste Mal, dass wir von dieser beabsichtigten Initiative der Schweiz hören. Ohne Zweifel sind wir, wie jedes zivilisierte Land im Prinzip für die Verwirklichung dieser Idee. Wir nehmen Ihre Ausführungen zur Kenntnis und erklären unsere Bereitschaft zur Diskussion, sei es durch die Schweizerische Botschaft in Bukarest, sei es durch die diplomatische Vertretung Rumaniens in Bern, sei es schliesslich auf direktem Wege.

Herr Micheli: Auf welche Weise soll die Konferenz vorbereitet werden?

Herr Thalmann: Das IKRK ist daran, Texte auszuarbeiten. Z.T. wurden diese schon der letztjährigen Rotkreuz-Konferenz in Istanbul vorgelegt. Das Sekretariat der Vereinten Nationen wurde ebenfalls mit entsprechenden Studien beauftragt. Es geht jetzt darum, die Vorbereitungsarbeit auf die Ebene von Regierungsexperten zu bringen, deren Zusammensetzung z.B. nach dem Vorbild des UNCTAD-Rates vorgesehen werden könnte.

Die Schweiz sieht vor, die Einladung zur Konferenz im Einvernehmen mit Holland (es geht auch um die Haager Konventionen) zu erlassen.

Wichtig scheint uns, dass eine universelle Beteiligung an der geplanten Konferenz sichergestellt wird. Auch China sollte daran teilnehmen. Es wäre dies die erste Gelegenheit, diesem Land eine Beteiligung an einer internationalen Konferenz von diesem Ausmass zu ermöglichen.

Herr Macovescu: Peking wird eine Teilnahme ablehnen, wenn Taiwan dabei sein wird.

Herr Thalmann: Gerade deshalb denken wir an das Beispiel des UNCTAD-Rates, von dem Formosa ausgeschlossen blieb.

Die Grossmächte werden ein gewichtiges Wort mitzureden haben; es wäre deshalb zu begrüssen, wenn auch China gerade in diesem Fall der Weg zur Konferenz geebnet würde.

Herr Macovescu: Während der Kulturrevolution zog sich China auf sich selbst zurück. Wir stellen fest, dass Peking seit ungefähr einem Jahr sich wieder der internationalen Szene zuwendet; dies geschieht zunächst auf bilateraler Ebene. Gegenüber internationalen Organisationen bleibt China vorerst bei seiner alten Haltung. Das jüngste Beispiel betrifft die UNESCO; aber selbst in diesem Fall konnte eine gegenüber früher weniger starre Haltung beobachtet werden. Ohne Zweifel wird China seine Politik mit der Zeit geschmeidiger gestalten. Wenn nicht alles trügt, sucht Peking erneut den internationalen Kontakt; es scheint uns wichtig, diese Tendenz zu unterstützen.

Herr Thalmann: Bukarest ist somit bereit, für die Diskussion dieses Konferenzprojekts unsere Emissäre zu empfangen?

Herr Macovescu: Gewiss, wir sind dazu bereit.

---